

Anlage 5 - zum Vergabeverfahren Nr. 2607

Vertrag

Vertragsnummer: wird nach Zuschlagserteilung mitgeteilt

zwischen

**Pronova BKK
Rheinallee 13
67061 Ludwigshafen**

(nachfolgend „Pronova BKK“ genannt)

und

(nachfolgend „Auftragnehmende“ genannt)

wird folgender Vertrag geschlossen

§ 1 Vertragsgegenstand

Gegenstand dieses Vertrages ist der Austausch der bestehenden Drucksysteme. Neben der Lieferung ist auch die Instandhaltung, die Instandsetzung sowie die Versorgung mit Verbrauchsmaterialien der neuen Geräte Vertragsbestandteil. Lieferungen und Durchführung der Dienstleistungen erfolgen deutschlandweit an allen Standorten der Pronova BKK.

§ 2 Leistungsumfang

Der genaue Leistungsumfang ist den Vergabeunterlagen der Ausschreibung 2607 zu entnehmen.

Bei sämtlichen Mengenangaben in der Leistungsbeschreibung und deren Anlagen handelt es sich um Schätzwerte. Eine Mengenzusage oder ein Anspruch auf einen bestimmten wert- oder mengenmäßigen Jahresumsatz oder eine Hochrechnung auf die gesamte Vertragslaufzeit kann hieraus nicht abgeleitet werden. Beachten Sie dies für Ihre Kalkulation. Bei Minderungen des Gesamtumfanges besteht kein Anspruch, geänderte Preise in Anwendung zu bringen.

§ 3 Preise

Die oder der Auftragnehmer führt sämtliche Leistungen aus den Vergabeunterlagen gemäß den angebotenen Preisen zuzüglich der jeweils geltenden gesetzlichen Umsatzsteuer durch. Materialkosten, Reisezeiten, Reisekosten und Aufwendungen der oder des Auftragnehmers, die zur Leistungserbringung notwendig sind, sind in den Preisen enthalten. Lieferungen erfolgen frei Haus. Die Preise behalten für die gesamte Vertragslaufzeit ihre Gültigkeit. Eine Reduzierung der Preise durch die Auftragnehmer oder den Auftragnehmer ist jederzeit möglich. Eine separate, darüberhinausgehende Entlohnung erfolgt nicht.

Reisekosten auf gesonderte Aufforderung durch die Pronova BKK

Für Reisekosten auf gesonderter Anforderung der Pronova BKK über die Anforderungen der Leistungsbeschreibung und möglicher Preisabfragen der Anlage A hinaus, die in unmittelbarem Zusammenhang mit den geforderten Leistungen stehen, erhält die oder der Auftragnehmer die steuerfreie Kilometerpauschale von 0,30 EUR je gefahrenen Kilometer. Die Kosten öffentlicher Verkehrsmittel werden gegen Vorlage von Belegen bis zur Höhe der Bahnfahrt 2. Klasse erstattet.

Hotelkosten werden nur nach ausdrücklicher schriftlicher Vereinbarung sowie gegen Vorlage bezahlt, in diesem Fall beteiligt sich die Pronova BKK je Person mit einem Betrag von 50,00 EUR zzgl. der geltenden Umsatzsteuer. Höhere Übernachtungskosten werden erstattet, soweit sie seitens der oder des Auftragnehmers nachweislich notwendig sind und bedürfen der Zustimmung der Pronova BKK.

Sind Reisekosten in der mangelnden Leistungserfüllung der oder des Auftragnehmers begründet, werden diese nicht erstattet.

§ 4 Rechnungsstellung

Die Rechnung wird gemäß den angegebenen Zahlungskonditionen in einer Summe nach erfolgter Abnahme als monatliche Sammelrechnung durch die Pronova BKK fällig. Es gelten die angebotenen Preise und Zahlungskonditionen gemäß Anlage A des Vergabeverfahrens, Vorauszahlungen und Abschlagszahlungen sind ausgeschlossen. Es gilt das Datum des elektronischen Rechnungserhaltes.

Als Rechnungsempfängerin ist Pronova BKK, Rheinallee 13, 67061 Ludwigshafen anzugeben.

Die Vertragsnummer ist stets in der Rechnung anzugeben.

Die Rechnung ist per E-Mail in digitaler Form als PDF an folgende Abteilung zu richten:
einkauf@pronovabkk.de.

Sollten Rechnungsempfängerin und Vertragsnummer nicht korrekt angegeben werden, so erklärt sich die oder der Auftragnehmende damit einverstanden, dass die Rechnung unbearbeitet von der Pronova BKK zurückgesendet wird. Die oder der Auftragnehmende ist dann verpflichtet, eine neue Rechnung zu stellen, welche Rechnungsempfängerin und Vertragsnummer korrekt angibt. Die Zahlungsfrist läuft erst nach erneuter Rechnungsstellung.

Die oder der Auftragnehmende ist verpflichtet, dann eine neue, den notwendigen Formvorschriften entsprechende Rechnung zu stellen. Die Zahlungsfrist wird erst nach erneuter Rechnungsstellung in Gang gesetzt.

Bankverbindung

Die Bankverbindung der oder des Auftragnehmenden wird der Pronova BKK mit erster Rechnungsstellung mitgeteilt.

§ 5 Verzug und Vertragsstrafen

Kommt die oder der Auftragnehmende mit der Erbringung der Leistung in Verzug, haftet sie oder er der Pronova BKK für den hieraus entstandenen Schaden. Insbesondere ist die Pronova BKK berechtigt, die Leistung durch einen Dritten zu Lasten der oder des Auftragnehmenden erbringen zu lassen.

Bei Überschreitung der vertraglich vereinbarten Ausführungsfristen durch Verschulden der oder des Auftragnehmenden wird eine von ihr oder ihm zu zahlende Vertragsstrafe für jede vollendete Arbeitswoche in Höhe von 50 % des Wertes desjenigen Teils der Leistung, der nicht genutzt werden kann, verlangt. Insgesamt jedoch nicht mehr als 10% der Netto-Vergütung des ersten Jahres der Vertragslaufzeit.

Die Pronova BKK ist berechtigt, die Vertragsstrafe neben der Erfüllung und den Mindestbetrag eines von der oder dem Auftragnehmenden nach den gesetzlichen Vorschriften geschuldeten Schadensersatzes zu verlangen.

Durch diese Vereinbarung oder durch Leistung der Vertragsstrafe wird die Geltendmachung eines diesen Betrag übersteigenden Schadens nicht ausgeschlossen.

§ 6 Haftung

Die oder der Auftragnehmende haftet im Rahmen der gesetzlichen Bestimmungen.

Die oder der Auftragnehmende haftet unbeschränkt:

- bei Vorsatz oder grober Fahrlässigkeit,
- für die Verletzung von Leben, Leib oder Gesundheit,
- bei Verstoß gegen das Produkthaftungsgesetz,
- für die Einhaltung des Datenschutzes (§ 7) und
- bei Verstoß gegen vertragswesentlichen Pflichten (Kardinalpflichten).

Die Haftung bei leicht fahrlässigen Pflichtverletzungen wird für den Vertrag grundsätzlich auf die Gesamtvergütung beschränkt. Als Gesamtvergütung gilt die Summe aller auf Basis der Preisabfrage Anlage A bei einer Vertragslaufzeit von 48 Monaten zu zahlenden Brutto-Vergütungen. Bei der Bestimmung der vorgenannten Vergütungen bleibt eine etwaige vereinbarte Reduktion wegen Mängelansprüchen unberücksichtigt.

Sofern die oder der Auftragnehmende bei der Erfüllung der vertraglichen Pflichten Dritte einschaltet, haftet sie oder er für deren Verhalten wie für ihr oder sein eigenes Verhalten. Der oder dem Auftragnehmenden steht eine etwaige Entlastungsmöglichkeit nach § 831 Abs. 1 Satz 2 BGB nicht zu.

Bei Verlust von Daten haftet die oder der Auftragnehmende für denjenigen Aufwand, der für die Wiederherstellung der Daten erforderlich ist. Die oder der Auftragnehmende verpflichtet sich zur Durchführung der Datensicherung für digitale Daten.

Die oder der Auftragnehmende stellt die Pronova BKK von allen Schadensersatzansprüchen frei, die von Dritten gegenüber der Pronova BKK auf Grund der von der oder dem Auftragnehmenden erbrachten Dienstleistungen geltend gemacht werden.

Bei leicht fählässigen Pflichtverletzungen ist die Freistellung von Schadensersatzansprüchen auf die Gesamtvergütung beschränkt.

§ 7 Datenschutz

Die oder der Auftragnehmende hat sämtliche ihr oder ihm auf Grund der Durchführung dieses Vertrages bekannt gewordenen betrieblichen Abläufe und sonstige Betriebs- und Geschäftsgeheimnisse der Pronova BKK, welche gemäß § 35 Abs. 1 SGB den Sozialdaten gleichgestellt sind, streng vertraulich zu behandeln. Es ist untersagt, diese in irgendeiner Weise für sich selbst oder Dritte zu nutzen. Speicherungen auf Datenträgern oder sonstige Aufzeichnungen und Notizen sowie die Weitergabe an Dritte sind nur gestattet, wenn sie für die Durchführung des Vertrages unerlässlich sind oder wenn sie geeignet sind, berechnigte Interessen und Rechte aus dem Vertrag wahrzunehmen oder zu verteidigen.

Den Mitarbeitenden der oder des Auftragnehmenden ist das Betreten der Räumlichkeiten der Pronova BKK ausschließlich in Begleitung von Mitarbeitenden der Pronova BKK gestattet.

Sie oder er gewährleistet, dass die von ihr oder ihm eingesetzten Mitarbeitenden und Erfüllungsgehilfen über die Pflicht zur Verschwiegenheit belehrt und auf die gewissenhafte Erfüllung ihrer Obliegenheiten verpflichtet wurden. Dies beinhaltet insbesondere die Verpflichtung, über Informationen, die im Rahmen des Auftrags zur Kenntnis gelangen, gegenüber Dritten Verschwiegenheit zu wahren.

Es ist untersagt, die Daten zu einem anderen als dem zur jeweiligen Aufgabenerfüllung gehörenden Zweck zu verarbeiten oder unbefugt zu offenbaren.

Die Verschwiegenheitspflicht besteht auch nach Erfüllung des Auftrags weiter. Weiterhin sind die seitens der Pronova BKK für die Aufgabenwahrnehmung zur Verfügung gestellten Informationen und entsprechende Unterlagen ohne gesonderte Aufforderung oder auf ihr zusätzliches Verlangen zu vernichten, wenn die bestehenden gesetzlichen und berufsrechtlichen Aufbewahrungs- und Dokumentationspflichten nicht mehr bestehen.

Es wird insbesondere auf folgende Vorschriften hingewiesen:

- Art. 29 DSGVO
- § 35 SGB I Datengeheimnis des SGB
- § 85a SGB X Bußgeldvorschriften des SGB

Die Pronova BKK und die oder der Auftragnehmende haften gegenüber betroffenen Personen entsprechend der in Art. 82 DSGVO getroffenen Regelung.

§ 8 Vertraulichkeit

Die Vertragsparteien verpflichten sich nach Vertragsablauf alle als „vertraulich“ gekennzeichneten oder nach sonstigen Umständen als Geschäfts- oder Betriebsgeheimnisse erkennbaren Dokumente, Informationen und Daten, die ihnen aufgrund der Zusammenarbeit zur Kenntnis gelangt sind (im Folgenden: "Vertrauliche Informationen"), geheim zu halten. Dies gilt auch für diesen Vertrag. Die Weitergabe von vertraulichen Informationen an Dritte bedarf der vorherigen schriftlichen Zustimmung der anderen Vertragspartei. Die Vertragsparteien legen die von ihnen eingegangenen Verpflichtungen zur Geheimhaltung auch allen Personen oder Gesellschaften unbefristet auf, denen vertrauliche Informationen im Zusammenhang mit Leistungen aus diesem Vertrag durch die Vertragsparteien anvertraut werden. Auch verbundene Unternehmen i.S.d. §§ 15 ff. Aktiengesetz sind "Dritte" im Sinne des § 8 des Vertrages.

Die vorgenannten Verpflichtungen finden insoweit keine Anwendung, als die Vertragspartei, die die vertrauliche Information empfangen hat, darlegen kann, dass diese insbesondere

- öffentlich zugänglich und zum Zeitpunkt der Offenlegung verfügbar ist, oder danach der Öffentlichkeit zugänglich geworden ist und zwar ohne Verletzungshandlung oder -unterlassung durch die empfangende Vertragspartei oder eines ihrer Vertreter oder Angestellten, oder
- vor dem Erhalt durch die offenlegende Vertragspartei im Besitz der sie empfangenden Vertragspartei oder ihr bekannt war, oder
- der sie empfangenden Vertragspartei durch eine andere Person ohne Einschränkung rechtmäßig offengelegt wurde, oder
- von der empfangenden Vertragspartei ohne Zugang zur vertraulichen Information der offenlegenden Vertragspartei unabhängig entwickelt wurde, oder
- nach gesetzlichen oder verwaltungsrechtlichen Vorschriften offengelegt werden muss, wenn der offenlegenden Vertragspartei dieses Erfordernis unverzüglich bekannt gegeben wird und der Umfang solcher Offenlegung soweit wie möglich eingeschränkt wird, oder aufgrund einer gerichtlichen Entscheidung offengelegt werden muss, wenn der offenlegenden Vertragspartei von dieser Entscheidung unverzügliche Nachricht gegeben wurde. Bei begründeten Zweifeln an der Rechtmäßigkeit der gerichtlichen Entscheidung, verpflichtet sich die zur Offenlegung verpflichtete Partei eine Anfechtung zu prüfen und sich mit der anderen Vertragspartei zu verständigen.

Die Vertragsparteien werden nur solchen Beratern Zugang zu vertraulichen Informationen gewähren, die dem Berufsgeheimnis unterliegen oder denen zuvor den Geheimhaltungsverpflichtungen dieses Vertrags entsprechende Verpflichtungen auferlegt worden sind. Des Weiteren werden die Vertragsparteien nur denjenigen Mitarbeitenden die vertraulichen Informationen offenlegen, die diese für die Durchführung dieses Vertrags kennen müssen, und diese Mitarbeitenden auch für die Zeit nach ihrem Ausscheiden in arbeitsrechtlich zulässigem Umfang zur Geheimhaltung verpflichten.

Die Vertragsparteien stimmen sich über alle kommunikativen Maßnahmen mit Außenwirkung (z.B. Informationen über den Vertrag, Werbung) vorher untereinander ab.

Bei Verstößen gegen die Vertraulichkeitsklausel ist die Pronova BKK berechtigt, eine Vertragsstrafe von 5 % der Netto-Jahresauftragssumme je Verstoß einzubehalten.

§ 9 Allgemeines Gleichbehandlungsgesetz

Die oder der Auftragnehmende verpflichtet sich gegenüber der Pronova BKK im Rahmen der Leistungserbringung die Bestimmungen des Allgemeinen Gleichbehandlungsgesetzes (AGG) einzuhalten.

Diese Regelung betrifft im Sinne des § 7 Absatz 1 AGG benachteiligendes Verhalten der Mitarbeitenden der oder des Auftragnehmenden gegenüber Mitarbeitenden der Pronova BKK. Die oder der Auftragnehmende ist verpflichtet, den Mitarbeitenden oder etwaigen Erfüllungsgehilfen / Unterauftragnehmenden die Bestimmungen des Allgemeinen Gleichbehandlungsgesetzes bekannt zu geben.

§ 10 Scientology Klausel

Die oder der Auftragnehmende erklärt, dass sie oder er nicht Mitglied der International Association of Scientologists (IAS), des World Institute of Scientology Enterprises (WISE) oder anderen Scientology Organisationen ist.

Sie oder er verpflichtet sich sicherzustellen,

- dass sie oder er gegenwärtig sowie während der gesamten Vertragsdauer die Technologie von L. Ron Hubbard nicht anwendet, lehrt oder in sonstiger Weise verbreitet, keine Kurse oder Seminare nach dieser Technologie besucht und Beschäftigte oder sonst zur Erfüllung des Vertrags eingesetzte Personen keine Kurse oder Seminare nach dieser Technologie besuchen lässt,
- dass nach ihrer oder seiner Kenntnis keine der zur Erfüllung des Vertrags eingesetzten Personen die Technologie von L. Ron Hubbard anwendet, lehrt oder in sonstiger Weise verbreitet oder Kurse oder Seminare nach dieser Technologie besucht,
- solche zur Erfüllung des Vertrags eingesetzten Personen von der weiteren Durchführung des Vertrags unverzüglich auszuschließen, die während der Vertragsdauer die Technologie von L. Ron Hubbard anwenden, lehren, in sonstiger Weise verbreiten oder Kurse oder Seminare nach dieser Technologie besuchen.

Bei einem Verstoß ist die Pronova BKK berechtigt, den Vertrag aus wichtigem Grund ohne Einhaltung einer Frist zu kündigen. Weitergehende Rechte bleiben unberührt.

§ 11 Höhere Gewalt

Führt der Eintritt höherer Gewalt zu einer Unterbrechung der Dienstleistung, werden die Parteien von ihren Verpflichtungen aus diesem Vertrag für die Zeit der Unterbrechung der Dienstleistung frei. In Fällen höherer Gewalt kann die oder der Auftragnehmende den Dienst, soweit dessen Ausführung unmöglich wird, unterbrechen oder zweckentsprechend umstellen. Wird im Falle des Eintritts höherer Gewalt die Erfüllung der Leistung auf Dauer gänzlich verhindert, so sind die Parteien berechtigt, den Vertrag zu kündigen. Schadensersatzansprüche sind ausgeschlossen. Als höhere Gewalt gelten insbesondere folgende Ereignisse: Krieg, Verfügungen von höherer Hand, Sabotage, Naturkatastrophen, geologische Veränderungen und Einwirkungen.

Jede Vertragspartei ist verpflichtet, unverzüglich nach dem Eintritt eines Falles höherer Gewalt der anderen Partei Nachricht mit allen Einzelheiten zu geben. Darüber hinaus haben die Parteien über angemessene zu ergreifende Maßnahmen zu beraten.

§ 12 Vertragslaufzeit und Kündigung

Der Vertrag tritt mit Zuschlagserteilung in Kraft und beginnt mit der Transition, welche bis 31.12.2026 mit der finalen Abnahme der Betriebsbereitschaft abgeschlossen sein muss. Leistungsbeginn ist der 01.01.2027. Der Vertrag ist erstmalig bis 30.06.2030 mit Vertragsende zum 31.12.2030 kündbar. Danach ist er mit einer Frist von 6 Monaten zum Monatsende kündbar.

Darüber hinaus kann die Pronova BKK den Auftrag während der Vertragslaufzeit kündigen, wenn

- eine wesentliche Änderung vorgenommen wurde, die nach § 132 GWB ein neues Vergabeverfahren erfordert hätte,
- zum Zeitpunkt der Zuschlagserteilung ein zwingender Ausschlussgrund nach § 123 Absatz 1 bis 4 GWB vorlag oder,
- der Auftrag aufgrund einer schweren Verletzung der Verpflichtungen aus dem Vertrag über die Arbeitsweise der Europäischen Union oder aus den Vorschriften dieses Teils, die der Europäische Gerichtshof in einem Verfahren nach Artikel 258 des Vertrags über die Arbeitsweise der Europäischen Union festgestellt hat, nicht an die Auftragnehmende oder den Auftragnehmenden hätte vergeben werden dürfen.

Wird der Auftrag aufgrund dieser Vorgaben gekündigt, kann die oder der Auftragnehmende einen den bisherigen Leistungen entsprechenden Teil der Vergütung verlangen. Im Falle der Kündigung aufgrund eines zwingenden Ausschlussgrundes nach § 123 Absatz 1 bis 4 GWB steht der oder dem Auftragnehmenden ein Anspruch auf Vergütung insoweit nicht zu, als deren oder dessen bisherige Leistung infolge der Kündigung für die Pronova BKK nicht von Interesse ist.

Das Recht beider Vertragsparteien zur außerordentlichen fristlosen Kündigung aus wichtigem Grund bleibt unberührt. Ein wichtiger Grund liegt insbesondere dann vor, wenn Tatsachen gegeben sind, aufgrund derer der kündigenden Vertragspartei unter Berücksichtigung aller Umstände des Einzelfalls und unter Abwägung der beiderseitigen Interessen die Fortsetzung des Vertragsverhältnisses nicht mehr zugemutet werden kann.

Die Vertragsparteien sind darüber hinaus berechtigt, den Vertrag fristlos zu kündigen, wenn

- die Pronova BKK auf wiederholte Schlechtleistung der oder des Auftragnehmenden in Hinblick auf die vereinbarte Qualität und Menge hingewiesen hat und diese weiterhin besteht,
- Verstöße gegen die Datenschutzbestimmungen dieses Vertrages und/oder eine diesen ergänzende Datenschutzvereinbarung vorliegen,
- die Leistungen, die Gegenstand dieses Vertrages sind, in erheblichem Umfang mangelhaft, unwirtschaftlich oder unvollständig erbracht werden und hierdurch der Zweck dieses Vertrages gefährdet oder beeinträchtigt wird und bei einem Verstoß gegen wesentliche Inhalte dieses Vertrages.

Ein solcher wichtiger Grund besteht auch, wenn durch die Änderung gesetzlicher Grundlagen, die Rechtsprechung oder behördliche Entscheidungen, insbesondere aufsichtsrechtliche Maßnahmen die Vertragserfüllung durch die Vertragsparteien untersagt wird oder rechtlich und/oder tatsächlich unmöglich wird.

Als weiterer wichtiger Grund gilt die Fusion der Pronova BKK mit einer oder mehreren anderen gesetzlichen Krankenkassen. Hier steht der Pronova BKK ein Sonderkündigungsrecht zu. In diesem Fall ist die schriftliche Kündigung seitens der Pronova BKK spätestens zwei Monate nach dem letzten Datum der Beschlussfassung der Verwaltungsräte der an der Vereinigung beteiligten Krankenkassen auszusprechen. Die Kündigung wird wirksam zum Zeitpunkt des Wirksamwerdens der Fusion.

Im Falle einer Kündigung aus obigen Anlässen werden alle bis dahin erbrachten Leistungen entsprechend der in diesem Vertrag vereinbarten Preise von der Pronova BKK beglichen. Darüber hinaus bestehen jedoch keine weiteren Ansprüche der oder des Auftragnehmenden gegenüber der Pronova BKK.

Die Berechtigung, Schadensersatz zu verlangen, wird durch die Kündigung nicht ausgeschlossen. Eine Kündigung hat schriftlich zu erfolgen.

§ 13 Schlussbestimmungen

Änderungen und Ergänzungen zu diesem Vertrag müssen als solche gekennzeichnet sein und bedürfen der Schriftform sowie der Unterschriften durch beide Vertragsparteien. Auf die Einhaltung der Schriftform kann nur schriftlich verzichtet werden. Mündliche Nebenabreden werden nicht getroffen.

Sollten einzelne Bestimmungen des Vertrages unwirksam oder undurchführbar sein oder nach Vereinbarungsschluss unwirksam oder undurchführbar werden, bleibt davon die Wirksamkeit des Vertrages im Übrigen unberührt. An die Stelle der unwirksamen oder undurchführbaren Bestimmung soll diejenige wirksame und durchführbare Regelung treten, deren Wirkungen der wirtschaftlichen Zielsetzung am nächsten kommen, die die Vertragsparteien mit der unwirksamen oder undurchführbaren Bestimmung verfolgt haben. Die vorstehenden Bestimmungen gelten entsprechend für den Fall, dass sich der Vertrag als lückenhaft erweist.

Sollten sich datenschutzrechtliche Änderungen während der Vertragslaufzeit ergeben, die zu einer Vertragsanpassung führen müssen, verpflichten sich die Vertragsparteien Vertragsverhandlungen mit dem Ziel der Einigung aufzunehmen.

Die Ausübung von Zurückbehaltungsrechten ist nur im Hinblick auf Ansprüche aus diesem Vertrag zulässig. Die Einrede des Zurückbehaltungsrechts i.S.v. § 273 BGB wird hinsichtlich personenbezogener Daten/Sozialdaten und der zugehörigen Datenträger ausgeschlossen.

Die Vertragsparteien sind zur Übertragung von Ansprüchen auf Dritte nur nach schriftlicher Zustimmung berechtigt.

Jede Vertragspartei darf nur gegenüber unbestrittenen oder rechtskräftig festgestellten Forderungen der anderen Vertragsparteien aufrechnen.

Gerichtsstand für alle sich aus oder im Zusammenhang mit dieser Vereinbarung ergebenden Pflichten und Streitigkeiten ist Ludwigshafen.

Die gesamten Vergabeunterlagen der Ausschreibung 2607 inklusive aller einzureichenden und zusätzlich eingereichten Anlagen, die beantworteten Bieterfragen, alle datenschutzrechtlichen Erklärungen sowie die Allgemeinen Vertragsbedingungen für die Ausführung von Leistungen (VOL/B) sind verpflichtender Vertragsbestandteil.